

BAGP-Rundbrief 1.19

BAGP - Fortbildungstreffen in Hamburg und Bielefeld

Ende Januar besuchten BAGP - Mitglieder den Gesundheitskiosk in Hamburg Billstedt, um das innovationsfondsgeförderte Projekt in einem sozial benachteiligten Quartier anzuschauen und gemeinsam mit den dortigen Anbietern zu diskutieren. Wesentliches Erfolgsmerkmal des Gesundheitskiosk ist die koordinierte Vernetzung der Berater mit den ambulanten und stationären Behandlern vor Ort sowie die Mehrsprachigkeit und Interprofessionalität des Teams.

<https://gesundheit-bh.de/gesundheitskiosk/>

Im Mai arbeiteten wir auf der Fortbildung der GesundheitsAkademie Bielefeld e.V. an der Weiterentwicklung und der Qualitätssicherung unserer BAGP- Beratungsstandards, unserem gemeinsamen Wissensmanagement und der bundesweiten Dokumentation. Inhaltliche Schwerpunkte waren die Widerspruchsregelung der Organspende und die Einführung der verpflichtenden Maserschutimpfung.

Wir lehnen die Verpflichtung zur Maserschutimpfung ebenso ab, wie eine Bürgerverpflichtung zur Organspende ohne entsprechende flankierende Maßnahmen, wie unabhängiger Beratung, als Grundlage einer informierten Entscheidungsfindung.

BAGP mischt sich in politische Entwürfe ein

Vier Stellungnahmen (STN) zu Referentenentwürfen haben wir im ersten Halbjahr 2019 erarbeitet, weil es uns wichtig ist, die Patienten/-beratungs-sicht nicht zu kurz kommen zu lassen, bei all den politischen Veränderungswünschen. Die große Zahl der feuerwerksartig entsandten Gesetzgebungsentwürfe fordert uns mit unserem kleinen Personalstamm enorm. Daher sind wir froh, zumindest zu folgenden Referenten- und Kabinettsentwürfen Stellung genommen zu haben:

15. Januar 2019: Aktualisierte STN zum Terminservice- und Versorgungsgesetz - TSVG

30. Mai 2019: STN zum Maserschutzgesetz

04. Juni 2019: STN zum MDK – Reformgesetz

11. Juni 2019: STN zum Digitale Versorgungsgesetz – DVG

Alle Stellungnahmen sind auf der BAGP - Homepage nachzulesen:

www.bagp.de/informationen/stellungnahmen



Patientenbeirat am impp gegründet

Am 27.6.19 wurde am Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen (impp) in Mainz ein Patientenbeirat berufen. Die BAGP ist neben anderen maßgeblichen Organisationen benannt, um die Patientensicht in viele Diskussionen zur Veränderung der Lernziele von Medizinstudierenden einbringen zu können. Die Direktorin des impp, Prof. Dr. med. Jana Jünger (MME), freute sich sehr über die Gründung des Beirates und zeigte sich an den Belangen der PatientInnen sehr interessiert. Für die BAGP ist Carola Sraier benannt und war mit Kai Vogel von der VZBV zur Gründung des Patientenbeirates nach Mainz eingeladen. Wir sind sehr erfreut und gespannt auf die Arbeitsfragen. www.impp.de

„ThemenCheck Medizin“ vom IQWiG*: Bürger können Themen vorschlagen

Was bringt eine Untersuchungsmethode wirklich? Welche Vor- und Nachteile hat eine bestimmte Behandlungsform? Wenn man nach Antworten sucht und keine fundierten und qualitätsgesicherten findet, kann das Thema dem IQWiG vorgeschlagen werden.

Der neue „ThemenCheck Medizin“ wählt aus den Vorschlägen der BürgerInnen Themen für die wissenschaftliche Bearbeitung aus.

Wir freuen uns über dieses Instrument der Bürgerbeteiligung und hoffen, dass mit den Ergebnissen weitere Schritte zur Verbesserung der Versorgung eingeleitet werden können.

www.themencheck-medinin.iqwig.de/de/thema-vorschlagen.4.html

* Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG)

Bundesarbeitsgemeinschaft
der PatientInnenstellen
(BAGP)

Astallerstr. 14
80339 München

TELEFON
089 / 76 75 51 31

FAX
089 / 725 04 74

web: www.bagp.de
mail:mail@bagp.de

Sprechzeiten:
Di - Do 13 - 14 Uhr
und AB



B
A
G
P

Kurzprofil

Seit 1989 bündeln PatientInnenstellen und -Initiativen bundesweit ihre Ressourcen und Kompetenzen, um als BAGP effektiver handeln zu können. Kern der Arbeit ist die Information, Beratung und Beschwerdeunterstützung von Versicherten und PatientInnen bei gesundheitlichen Fragen und Problemen mit Institutionen oder Anbietern im Gesundheitswesen.

Zentrales Ziel der BAGP ist ein soziales, solidarisches, demokratisches, nicht hierarchisches Gesundheitssystem, in dem PatientInnen und Versicherte gleichberechtigte PartnerInnen sind. Die BAGP setzt sich gemeinsam mit anderen Patientenorganisationen und weiteren BündnispartnerInnen für dieses Ziel ein.

14. APS-Jahrestagung in Berlin

Das Aktionsbündnis Patientensicherheit (APS) stellte seine diesjährige Jahrestagung unter das Motto „Sicherheitskultur auf allen Ebenen“. Ein wesentlicher Bestandteil der Tagung war die öffentliche Vorstellung des APS-Weißbuchs „Patientensicherheit“. Eine zentrale Botschaft daraus: Patientensicherheit ist ein Merkmal von Organisationen. Allerdings müssen auch Patienten und ihre Angehörigen mit allen Mitteln in die Lage versetzt werden, zu ihrer eigenen Sicherheit beitragen zu können. Was nicht von der Verpflichtung entbindet, dass die einzelnen Einrichtungen selbst alles ihnen Mögliche für die Patientensicherheit tun. Beides gehört zusammen. Auf der Jahrestagung wurden Beispiele und Ansätze für die konkrete Umsetzung der Sicherheitskultur präsentiert: Das ging von Patientensicherheit als Teil der Führungsverantwortung über die praktische Anwendung von sicherheitsrelevanten Maßnahmen durch alle Mitarbeitenden bis hin zur Unterstützung für Patienten.

Die Jahrestagung ist eine groß angelegte Veranstaltung: Neben dem Eröffnungs- und Schlussplenum gab es 5 Preconference-Seminare, 20 Workshops, 4 kleine Plenen und ein Satellitensymposium. Nicht zu vergessen ist die Festveranstaltung mit der Preisverleihung „Deutscher Preis für Patientensicherheit“. Die Jahrestagungen der APS empfinde ich stets als fachlich sehr anregend und bereichernd, da das Tagungsthema sehr vielfältig Forschungspraxis und gelebte Praxis in einem diskursiven Prozess zusammenführt und bei den Formaten auf gelingende Teilnehmerbeteiligung geachtet wird.

Dieses Mal konnten wir auch unsere Kooperationspartnerin vom Kolegji Heimerer in Pristina, Dr. Naime Brajshori, treffen, die mit einem eigenen Posterbeitrag an der Jahrestagung beteiligt war (siehe Bild).



Vollversammlung und Fortbildung der Patientenvertretung Bund in Erkner

Die Arbeit im G-BA mit seinen Gremien ist für die PatientenvertreterInnen ein anspruchsvolles Amt. Daher sind gemeinsame Fortbildungen wichtig und unterstützend.

Am 28./29.6.2019 trafen sich die Patientenvertretung Bund (PatV) in Erkner. Gäste waren neben Prof. Josef Hecken auch die neuen unparteiischen Vorsitzenden Dr. Monika Lelgemann und Prof. Dr. Elisabeth Pott, die sich mit Vorträgen einbrachten. Es gab verschiedene Workshops zur Beteiligung der PatV. in der Qualitätssicherung. Auch das Dauerthema „Verbindung von Landes- und Bundesebene“ wurde aufgegriffen und betont, dass es ohne Koordination nicht gehen kann.

Erwähnenswert ist an dieser Stelle, dass nun auch das Land Brandenburg eine Koordinierungsstelle für Patientenvertretung betreibt.

Koordinierungsstelle für Patientenbeteiligung in Brandenburg

Das Ministerium für Gesundheit Brandenburg forderte die Schaffung einer Koordinierungsstelle, da es im Land keine strukturierte, gut organisierte Patientenvertretung gab. Bis dato führte die Arbeit die LAG Selbsthilfe (LAG SH) durch. Diese wurde daher auch aufgefordert, kurzfristig die Koordinierungsstelle zu schaffen und zu betreiben. Die Förderung der Stelle erfolgt durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie und gilt vorerst für ein Jahr mit einem Budget von 60.000 €. Referent der Koordinierungs- und Vernetzungsstelle Thomas Seehagen arbeitet derzeit allein, in Vollzeit. Anstellungsträger ist die LAG SH e.V. in Schwedt. Herr Seehagen ist bereits gut mit unseren beiden Koordinierungsstellen in Köln für NRW und München

für Bayern vernetzt und besuchte uns kürzlich an beiden Orten. Weitere Informationen: www.patientenbeteiligung.de/brandenburg/

Bericht der Koordinierungsstelle Bayern

Im ersten Quartal 2019 haben wir unsere Fortbildungen für die PatientenvertreterInnen in München und Nürnberg durchgeführt. Die Schwerpunkte der Arbeit lagen auf den Auswirkungen der neuen Bedarfsplanungsrichtlinie und den patientenrelevanten Änderungen durch das TSVG. In Nürnberg war neben dem Referenten der Kassenärztlichen Vereinigung Bayern (KVB) Herrn Joos der neue Patienten- und Pflegebeauftragter der Bayerischen Staatsregierung, Prof. Dr. Peter Bauer zu Gast. Der Austausch und die Fortbildung für die PatientenvertreterInnen in Bayern werden gern angenommen.

Neben den Fortbildungen kümmert sich die Koordinierungsstelle um die organisatorischen Belange der ehrenamtlichen PatientenvertreterInnen. So haben wir im Juni unsere neuen KollegInnen des Zulassungsausschusses Niederbayern in Straubing besucht und fahren im September nach Regensburg, um auch dort die Patientenvertretung zu unterstützen.

Koordination der Patientenvertretung in Hamburg

Die Patientenvertreter in Hamburg streikten in den letzten zwei Jahren. Aktuell gibt es eine Minimalfinanzierung für die Koordination über die „Bürgerschaft“. Angesiedelt ist die Koordinationsstelle bei der Verbraucherzentrale (VZ) am Platz des Nachfolgers von Christof Kranich. Weitere Informationen: <http://www.patienten-hamburg.de/>